

VORWORT

Das ist einer jener Texte, die - wenn es nach Wahrscheinlichkeiten ginge - nie zustande kommen hätte dürfen. Er wäre nicht ins Leben gekommen, wenn ich im vergangenen Frühjahr nicht zu arbeiten aufgehört hätte; nicht, wenn ich mir danach nicht die Zeit genommen hätte, Themen nachzugehen, die ich während meiner Berufstätigkeit nicht verstehen konnte und deren Klärung ich deswegen „auf später“ verschoben habe; und auch nicht, wenn ich nicht ein paar Ersparnisse hätte, und die Bereitschaft, diese anzuknabbern.

Noch vor ein paar Jahren war ich wohl etwas, was ich heute als „Europäisten“ bezeichne. Man könnte auch „Europatümler“ dazu sagen oder EU-Fanatiker - obwohl diese Bezeichnung auch früher nicht ganz zutreffend gewesen wäre. Ich fühlte mich damals - so wie heute - als Europäer in kultureller Hinsicht. Aber anders als heute war ich der Meinung, dass das auf irgendeine Weise den Aufbau eines Großstaats erforderlich oder geboten machen würde. Warum ich das dachte, weiß ich nicht mehr genau.

Wahrscheinlich, weil das alle meine Bekannten auch taten. Es hatte sicher auch mit Gruppendenke und Konformismus zu tun. Wie der erfrischend ehrliche deutsche Autor Posener schreibt, ist es nämlich politisch ganz und gar nicht korrekt, „antieuropäisch“ zu sein.

Dazu kommt in Österreich etwas, was man als Leiden an Kleinstaaterei und intellektueller Enge bezeichnen könnte. Meine Generation ist mit Qualtingers Herrn Karl groß geworden, ein Stück, in dem hierzulande weit verbreitete Eigenschaften mit Röntgenblick durchschaut und satirisch behandelt werden.

Daraus entwickelte sich, speziell unter den nachgeborenen Intellektuellen, der Hang zum Österreich-Bashing. Diese Attitüde zeichnete sich dadurch aus, dass man besonders kritisch gegenüber dem eigenen Land und seinen Leuten war (sein musste), während man sich negative Beurteilungen anderer Nationen und Nationalitäten verbat. Das fiel nämlich unter die Rubrik Vorurteil bzw. verbotene Pauschalaussage.

Diese Haltung reizte wiederum Zeitungen und Politiker, die die sich von der Verteidigung patriotischer Gefühle Vorteile versprachen und das Ergebnis war ein über Jahrzehnte immer wieder aufgegonnener Kulturkampf zwischen den Kritikern Österreichs und dessen Verteidigern. Auf beiden Seiten der Front ließ es sich gut leben. Die einen mehrten ihren Ruf als unbestechliche moralische Instanzen und die anderen machten mit ihrer Empörung über die „Verleumdungen“ Auflage. Es war ein Spiel, in dem eine Hand die andere wusch.

Die jüngere, intellektuellere und ethisch irgendwie hochwertigere Seite war die der Kritikerinnen, von denen sich jede als Kampfgenossin etwa von Elfriede Jelinek, Thomas Bernhard oder vielleicht sogar von Karl Kraus fühlen durfte. Der konnte sich wenigstens nicht mehr wehren.

Das war lange nicht mehr als eine schicke Pose, aber im Zug der politischen Entwicklung tauchte plötzlich die Möglichkeit auf, die miefige, subalterne Existenz als Neffe des Herrn Karl mit einem Dasein als hochgestimmter, freier Europäer zu vertauschen.

Auch heute geht das „Europäertum“ allzu vieler Österreicher direkt aus dem Überdruß Kakaniens¹ hervor, nein: einer Schrumpfform Kakaniens, in der es nicht einmal mehr einen

¹ Robert Musils Ausdruck für die k.u.k.-Monarchie

Kaiser und etliche Dutzend verschiedene Monturen gibt.

Wie eigentlich immer schon messen viele dieser Menschen mit zwei Maßstäben. Der eine ist die oft lächerliche oder wirklich beschissene österreichische Realität. Und der andere ist der schöne Schein der Europaideologie. Das ist ein ungleicher Kampf zwischen zwei Patriotismus-Angeboten. Eine Partie zwischen „Tor, Tor, Tor, i wer' narrisch!“ und „Freude, schöner Götterfunken“.

Wie auch immer - die erste Reaktion, die ich mit diesem meinem Thema in meinem Freundeskreis hervorgerufen habe, war eine sprachlose Betretenheit, als ob man etwas Unpassendes gesagt hätte oder die Erinnerung an einen Verstorbenen heraufbeschworen hätte, an den eigentlich niemand mehr erinnert werden möchte. Ich muss zähneknirschend zugeben dass sich in meiner angestammten Umgebung das Interesse an und die Zustimmung zu dem Text in Grenzen gehalten haben, und das hat mich etwas erbittert.

Natürlich ist das auch verletzte Autoreneitelkeit und natürlich konnte ich von Anfang an nicht erwarten, ungeteilte Zustimmung zu finden.

Was ich aber nicht erwartet hatte, war, dass nichts zurückkommen würde, jedenfalls nichts, was einem Argument glich. Es gab auch niemanden, der das in diesem Text gemalte "große Bild" bezweifelt hätte - dass nämlich die politische Elite den eigenen Staat aufgegeben hat und dass sie diesen gegen den Willen der Mehrheit in die Union einbringt. All das wurde von niemandem ernsthaft bestritten oder auch nur als übertrieben zurückgewiesen.

Die einzige inhaltliche Reaktion, die es dazu gab, war, dass die Politiker, die das taten, sicherlich gute und hochherzige Gründe dafür hätten und dass dies letztlich der Freiheit und dem Frieden diene. Das klang dann ungefähr so: "Es ist wenig hilfreich, dieses Friedensprojekt auf dem Altar des Populismus zu opfern."

Nein, im Ernst, das ist nicht erfunden, das war ein O-Ton. Solche Phrasen kamen und kommen von Personen, die bestens informiert, scharfsinnig und kompromisslos gestimmt sind, solange es um ihre ideologischen Steckenpferde geht. Solche Menschen können sich minutenlang darüber ereifern, wenn sich z.B. eine Regierung vorübergehend einer Quoten-Richtlinie zu Aufsichtsratsmandaten verweigert, sie gehen aber achselzuckend zur Tagesordnung über, wenn dieselbe Regierung über den Kopf ihres Volks hinweg Beschlüsse fasst, die noch die Enkel belasten werden.

Daraufhin hat sich bei mir zuerst der Verdacht eingeschlichen, dass es nicht einfach um unterschiedliche Schwerpunkte und Präferenzen in unterschiedlichen Menschen geht, sondern um eine Art Wahrnehmungsstörung bzw. die Unfähigkeit, Dinge proportional zu ihrer realen Bedeutung zu beurteilen.

Schließlich hat sich aber der Gedanke verfestigt, dass die Wahrnehmung dieser so gebildeten Leute wahrscheinlich in Ordnung ist, dass ihnen das treulose Agieren ihrer Regierungen aber egal oder sogar recht ist, solange im in der neuen, großen Heimat Leute oben sitzen, von denen sie glauben, dass sie ihre Werte teilen. Leute, die die gleiche „Sprache“ mit den richtigen Codewörtern sprechen und die „richtige“ symbolische Politik betreiben. Es ist mir danach eine Weile nicht gut gegangen, aber so ist das manchmal, wenn man es mit einer Realität zu tun bekommt, die man nur schwer akzeptieren kann.

Viel ließe sich über symbolische Politik sagen. Sie ist das Lebenselixier der Diktaturen, die damit den Widerstand der von ihnen Beherrschten möglichst gering und die ihre eigene

Bindungskraft möglichst hoch halten wollen.

Aber sie ist auch unter Demokraten beliebt. Sie ist in der wirklichen Welt zwar oft wenig relevant, kann aber doch wahlentscheidend sein. Viele „aufgeklärte“ Journalisten und Wähler lieben symbolische Politik und frönen bei der Auswahl der für sie ausschlaggebenden Themen gerne hemmungsloser Subjektivität.

Ich danke jedenfalls jenen aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis, die auf besondere Weise zum Entstehen dieses Texts beigetragen haben. Spezieller Dank gilt meiner Lebensgefährtin Elisabeth für die Nachsicht mit mir und meiner Aufgabe, meinen Freunden Ivan und Gregor für ihre Anregungen sowie ihr Lektorat und meiner Cousine Bettina für ihre unschätzbare grafische Unterstützung.

Zum Abschluss dieses Vorworts noch eine Danksagung ohne die Nennung konkreter Namen. Dieser Text hätte nicht geschrieben werden können ohne „das Internet“, nein: hunderte Zeitungen, Foren, Blogs und andere Veröffentlichungen, die dort erscheinen. Mit welchem Begriff man sich diesem Phänomen auch annähern mag: „Internet-Reformation“, „Bürgerjournalismus“, „Schwarmintelligenz“ - es ist die wahre kritische Öffentlichkeit unserer Tage. Zwar scheint es das Schicksal vieler Publikationen zu sein, nicht über ihre Nische im Cyberspace hinauszukommen und von 99,9 Prozent nicht wahrgenommen zu werden - aber dieses Schicksal teilen sie mit ihren Vorgängern in den Pariser Salons des 18. Jahrhunderts: den "Nischen" von damals, aus denen sich die bürgerliche Öffentlichkeit entwickelte.

Natürlich ist auch im Cyberspace nicht alles Gold was glänzt. Auf ein- und derselben Domain steht oft die scharfsinnigste Analyse neben dem größten Unsinn. Eine Webseite zu zitieren bedeutet daher nicht, mit ihrer Ausrichtung oder einzelnen dort erschienenen Inhalten einverstanden zu sein; ebenso wenig wie man einen Journalisten für eine fremde Blattlinie oder einen andernorts, in anderem Zusammenhang erschienenen Artikel haftbar machen sollte.

Sowohl im Internet als auch bei Gedrucktem kommt es letztlich darauf an, die richtige Auswahl zu treffen. Es überlässt in seiner Überfülle diese Aufgabe jedem einzelnen. Viele Mainstreammedien aber haben sie für ihre Leser bereits erledigt - und den Weizen weggeworfen und die Spreu behalten.

1. KAPITEL: EINLEITUNG

Bis zum Ausbruch der Euro-Krise hätte man das „europäische Projekt“ noch für einen außergewöhnlichen, aber „normalen“ Versuch halten können, eine epochale politische Veränderung schrittweise, evolutionär durchzuführen. Im Euro hätte man den interessanten Versuch erblicken können, ungedeckte nationale Zahlungsmittel durch ein ungedecktes übernationales zu ersetzen.

In der angestrebten politischen Einigung hätte man einen auf Jahrzehnte angelegten Masterplan sehen können, zu einem späteren Zeitpunkt, sobald die wirtschaftlichen, sprachlichen und medialen Voraussetzungen dafür gegeben sein würden, den „großen Sprung“ zu wagen - nachdem die Völker in Abstimmungen ihr Einverständnis gegeben haben würden.

Eine solche Einschätzung ist seit 2010 nicht mehr realistisch. Damals trat klar zutage, dass es sich um ein Projekt handelt, das nicht mit demokratischen Usancen vereinbar ist.

In den Regierungskanzleien der Hauptstädte brachen hektische Aktivitäten aus, möglichst rasch zu einer echten Verstaatlichung des bisherigen EU-Verbunds zu kommen. Man kann als

Außenstehender nur darüber spekulieren, was die wahren Motive und Begleitumstände davon sind.

Erkennbar ist nur, dass die offiziellen Begründungen entweder komplett vorgeschoben sind oder aber, dass in den öffentlich erzählten Geschichten wesentliche Bestandteile fehlen. Die Aktionen der Regierungen sind interessengeleitet, aber kaum von den Interessen der Bürger in den Mitgliedsstaaten.

Eine evolutionäre Entwicklung kommt für die an der Macht befindlichen Herrschaften nicht mehr in Frage. Sie sind ganz offensichtlich bereit, im Bedarfsfall die Demokratie abzuschaffen und Aufstände und Bürgerkriege zu riskieren, wenn ihnen das hilft, schneller an ihr Ziel zu kommen.

Die Krise macht das Bild eines sorgfältig choreographierten Events. Nicht, dass sie an und für sich eine Einbildung wäre - die chronisch darniederliegende Konjunktur und die Arbeitslosenstatistiken zeigen, dass dem produktiven Sektor elend zumute ist.

Vieles an der „Staatsschuldenkrise“ deutet aber darauf hin, dass diese gemanagt ist, um politische Ziele zu erreichen. Speziell der Zusammenhang zwischen den Renditen und der als „Antwort“ darauf eingeleiteten, angeblich alternativlosen Zentralisierung ist ein ganz anderer als jener, der in den gängigen Krisenerzählungen behauptet wird.²

Über steigende und sinkende Staatszinsen lassen sich Regierungen stürzen und installieren und in Windeseile Maßnahmen durchbringen, die ansonsten nie durchgesetzt hätten werden können. Be- und entschleunigt kann die Krise auch dadurch werden, dass der Ministerrat Teilkrisen „auf die Tagesordnung setzt“ oder auf die lange Bank schiebt.

Der beste Beleg dafür ist Zypern, wo die Schlagseite der Banken spätestens seit dem Haircut vom Frühjahr 2012 bekannt sein musste, die Politiker den Notfall und ihre „Bewältigung“ aber erst ein Jahr später ausriefen. So etwas kann man nur tun, wenn man die Aufseher ganz und die Medien weitgehend in der Hosentasche hat.

Eine Dimension größer ist das spanische Bankenproblem, das nach dem gleichen Muster abläuft. Alles - wirklich alles – legt nahe, dass die dortigen Banken noch auf einem riesigen Berg von faulen Krediten sitzen, die sie durch Umschuldungen und andere Bilanzoperationen vor sich herschieben; der Berg der „non performing loans“ kann auf absehbare Zeit nur größer statt kleiner werden.³

Dennoch wurde und wird so getan, als ob die Bankenkrise beendet sei, die Institute kein Kapital mehr benötigten und die Sache mit den 42 Milliarden aus dem ESM⁴ erledigt sei. „Es ist ein sauberer Ausstieg [...] Wir befinden uns jetzt in einem viel robusteren Bankensystem“, behauptete der spanische Wirtschaftsminister im November 2013 und die meisten Zeitungen glaubten es.⁵

Die einzigen Faktoren, die die spanischen Banken 2013 tatsächlich entlastet haben, stammen aber nicht aus einer besseren Realwirtschaft, sondern aus Finanzoperationen mit Regierungsanleihen. Die Banken realisierten 2013 Buchgewinne, die sie ausschließlich der

² Siehe Kapitel Die Krisenmacher

³ <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702303843104579172191864835708>

⁴ <http://www.esm.europa.eu/assistance/spain/>

⁵ <http://www.expansion.com/2013/11/14/economia/1384438443.html>

Zinspolitik der EZB verdanken.⁶ Die Gewinne, die sie von der einen Hand der EZB zugesteckt bekommen haben, hat diese mit der anderen Hand Sparern, Versicherungsnehmern und Pensionsfonds weggenommen, ein System, das unter dem Namen "finanzielle Repression" läuft.

Nichtsdestotrotz ist die Gesundung der spanischen Banken ist eine Schimäre und Luis de Guindos ist das bewusst - und auch seinen EU-Kollegen. Sie wissen mindestens so gut wie die Leser des Wall Street Journal, dass bei knapp der Hälfte der in der Krise refinanzierten Immobilienkredite schon heute der Wurm drin ist.

Die Politiker sind sich auch bewusst, dass sich die künstlich erzeugten Bewertungsgewinne irgendwann einmal totgelaufen haben, dass aber die faulen Kredite nicht von selbst verschwinden und die Verluste irgendwann in den nächsten Jahren realisiert werden müssen - und dass es dabei zu Zusammenbrüchen, Bail Ins und/oder neuerlichen Zufuhren von Eigenkapital kommen wird. Sie wollen die Stunde der Abrechnung aber zum Zeitpunkt und zu den Bedingungen ihrer Wahl anbrechen lassen - sei es in Trippelschrittchen oder mit einem lauten Knall. Wer weiß das schon außer ihnen selbst?

Wahrscheinlich gehen sie davon aus, diesen Prozess kontrolliert abwickeln und dabei Rückendeckung von sogenannten Bankenaufsehern in Madrid, Frankfurt und London zu bekommen.

Menschlich, allzu menschlich wäre es, würde das Motiv der Politiker im Wunsch bestehen, Unangenehmes hinauszuzögern.

Das Motiv könnte aber sehr gut woanders liegen. Nämlich darin, dass die Choreographie der Eurokrise einen mächtigen Schlussakkord vorsieht, für den mehrere bis dahin unter der Tuchent gehaltene Teilkrisen benötigt werden. Die Politiker könnten diese dann zu einem übelriechenden Strauß binden und diesen wie einen Fehdehandschuh vor die Haustür ihrer Bürger werfen: „Nehmt das! Die einzige Antwort, die ihr darauf geben könnt, ist nicht mehr Europa, sondern alles Europa!“

Vielleicht war ein langsames, auf freien Willensentscheidungen der Völker beruhendes Zusammenwachsen ohnedies nie geplant. Wer sich den Luxus leistet, die Ereignisse seit 1990 Revue passieren zu lassen, stößt auf ein erschütterndes Bild.

Im Fall Österreich fördert der lange Rückblick zutage, dass die Aufgabe der Souveränität gegen den Willen, jedenfalls aber ohne Beteiligung des Staatsvolks erfolgte. Sie geschah wie eine systematisch vorangetriebene Geheimdienstoperation, die von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden kann, die aber völlig real ist. Diese verdeckte Operation findet wenigstens seit 1995 statt.

Das zentrale Ereignis der letzten Jahre ist die Einführung des nach oben offenen, permanenten Euroschuttschirms, die in Österreich im Juli 2012 erfolgte. Dieses von SPÖ, ÖVP und Grünen ratifizierte Gesetz wird von Kritikern ein „Putschgesetz“ genannt – völlig zu Recht.

Denn mit dem ESM wurde eine Megabank ins Leben gerufen, die praktisch alle Finanzgeschäfte machen darf, die die Vergemeinschaftung der Staatsschulden „über die Hintertür“ ermöglicht und die sich eines uneingeschränkten Zugriffs auf den Reichtum der Nation erfreut. Dieses Vehikel hat der finanziellen Souveränität Österreichs bereits heute den Garaus gemacht. Die Leute wissen es nur noch nicht.

⁶ <http://www.ft.com/cms/s/0/6dc80516-880a-11e3-8afa-00144feab7de.html#axzz2uGVkjkjw>

Das bestimmende Gremium des ESM ist der Gouverneursrat, der sich aus den Finanzministern der Vertragsstaaten zusammensetzt. Er selbst, seine Infrastruktur und seine Funktionäre sind unantastbar, d.h. immun gegen jede rechtliche Verfolgung. Niemand kann für im Amt begangene Taten zur Verantwortung gezogen werden - und wären diese noch so haarsträubend. Auch der jeweilige österreichische Ressortchef und die von Wien entsandten Beamten gehören zu diesen "Untouchables". Der Mechanismus ist übrigens auch von jeder nationalstaatlichen Besteuerung befreit.⁷

Dieses von niemandem beaufsichtigte und zur Geheimhaltung berechnete Gremium kann tun und lassen, was es will. SPÖ, ÖVP und Grüne haben ihm fast unbeschränkten Zugriff auf die Staatsfinanzen eingeräumt – und damit auch auf die Steuerleistung, die Vermögen und die Transferbezüge der österreichischen Staatsbürger. Dazu gibt es eine weiter unten ausgeführte Einschränkung, die aber eher theoretischer Natur ist. Sie ist klein genug, um nicht zu behindern und groß genug, um dem Verfassungsgericht ein Feigenblatt zu liefern.

Bei der Abtragung der finanziellen Selbstbestimmung Österreichs wird eine Technik gebraucht, wie sie beim sachgerechten Baumschnitt verwendet wird.⁸ Vor dem Schnitt ist der Baumstamm dick und widerstandsfähig. Er kann mit roher Gewalt nur schwer zu Fall gebracht werden. Man würde dafür zwei Drittel der Abgeordneten im Plenum benötigen - und das wäre selbst in der heutigen Situation nicht selbstverständlich. Der Baumstamm symbolisiert die finanzielle Souveränität des österreichischen Parlaments.

Mit der Einrichtung des ESM-Unterausschusses ist aber ein tiefes „Fallkerb“ angebracht worden. Die Dicke des Stamms wurde dadurch wesentlich verringert. Statt 121 Abgeordnete im Plenum - die Zweidrittelmehrheit - muss nur noch die einfache Mehrheit von 16 Abgeordneten auf Linie gebracht werden – in einem Unterausschuss, den niemand im Blick hat.

In dem Moment, in dem der Finanzminister/ESM-Gouverneur vor diesen Ausschuss tritt und vom österreichischen Parlament - sagen wir - weitere 100 Milliarden verlangt, und neun der 16 Ausschussmitglieder dies bewilligen, ist der Fällschnitt erfolgt und der Baum umgelegt.

Es mag auch im kleinen Kreis Widerstände gegen eine so hohe Summe geben, doch wenn den Abgeordneten eingeredet werden kann, dass ohne ihre Stimme „Europa fällt“, werden sie auch mehrheitlich die Hand heben.

Das wäre das gleiche Vorgehen, mit dem 2010 auch die EU-Finanzminister kirre gemacht wurden, von denen längst nicht alle mit den Rettungsschirmen einverstanden waren.

Die finanziellen Schlagadern der Republik liegen also offen. Die eigentliche Mahlzeit mag noch nicht erfolgt sein, die Vampire wissen aber, dass es bei Bedarf sozusagen eine Blutkonserve gibt, zu der sie freien Zugang haben.

Für einige Ohren mag das wie die Wahnvorstellung eines abergläubischen Gemüts klingen. Doch wer 1997 prophezeit hätte, dass sich das österreichische Staatsgold innerhalb der folgenden zehn Jahre entmaterialisieren würde, wäre auch damals schon zum Gespenster-Seher erklärt worden. Und doch ist genau das ab 1999 passiert.⁹

Die Blutmahlzeit muss auch nicht morgen stattfinden - es kann auch übermorgen sein.

⁷ ESM-Vertrag, Artikel 32 und 35

⁸ <http://www.youtube.com/watch?v=9C8C3HYRO80>

⁹ Siehe Kapitel Hokuspokus Aurum Verschwindibus, S. xxx

Nachdem der Rettungsschirm etabliert und die Bankenunion wenigstens beschlossen war, erforderte es die politische Klugheit, eine Periode der Entspannung einzuläuten. Es bestand kein Bedarf an steigenden bzw. hohen Zinsen in den Peripherieländern mehr. Im Gegenteil. Plötzlich war die Staatsschuldenkrise kontraproduktiv und sogar „systemgefährlich“. Schließlich wurde in Deutschland gewählt und ein neuer Rettungseinsatz - Kapitalabrufe inklusive - hätte das Vertrauen der Stimm-Michels in die Merkel ernsthaft strapaziert.

Doch heute ist nach der Wahl und schon amtiert in Deutschland eine große Koalition, die auf eine überragende demokratische Legitimität pochen kann. Wer, wenn nicht diese, sollte sich „großen Aufgaben“ widmen können?

Das letzte Wort der Staatsfinanzierungskrise ist nicht gesprochen. Dass die italienischen und spanischen Zinsen wieder bei vier Prozent liegen, heißt nicht, dass die Überschuldung der europäischen Staaten verschwunden wäre.

Wie weiter unten erläutert wird, sind diese Zinssätze wahrscheinlich rein politische. Gerade deswegen können sie sich im Handumdrehen wieder verändern. Würden die italienischen Zinsen plötzlich wieder bei acht Prozent liegen oder die spanischen Banken nun doch mehr Kapital vom ESM brauchen, begäbe ein ganz neues Spiel. Und die Garantienationen wären gezwungen, einen neuen Einsatz über den Tisch zu schieben.

Wer den gesamten Zeitraum seit 1995 Revue passieren lässt, der sieht, dass der fatale ESM-Beschluss kein isolierter steinerner Findling ist, der allein auf weiter Flur herumliegt.

Er fügt sich, im Gegenteil, nahtlos in die seit 1995 betriebene Politik ein. Er ist der vorläufige Schlussstein jenes Schuldturms, den die europäischen Volksparteien in den 1970ern zu errichten begonnen haben. Der ESM ist die europäische Vollendung eines Gefängnisbaus, dessen Grundstein noch zu Zeiten des Nationalstaats gelegt worden ist. Von damals nach heute führt ein gerader Weg.

Deshalb - und nur deswegen - dürfen die Faymanns und Spindeleggers heute beanspruchen, sie stünden in einer Traditionslinie beispielsweise mit Bruno Kreisky.

Dass die Schlusszene für dieses Trauerstück nun in der EU, in einer neuen EU, gespielt wird, ist aber nicht Schuld der Österreicher. Sie haben dieses Ende nicht angestrebt und auch nicht legitimiert. Das haben ihre angeblichen Volksvertreter für sie entschieden

Dass diese einfach vollendete Tatsachen geschaffen haben, bedeutet aber nicht, dass es eine stichhaltige (und politisch akzeptable) Rechtfertigung des Vorhabens gäbe, eine europäische Nation aufzubauen und die nationalen Staaten in dieser aufgehen zu lassen. Die Argumente, die die Politiker dafür der Öffentlichkeit serviert haben, weisen jedenfalls mehr Löcher als ein Emmentaler auf.

Das argumentative Defizit beginnt schon auf der untersten, auf der materiellen Ebene, die noch nicht einmal direkt mit der Politik der europäischen Einigung zu tun hat.

Der naive Zugang, den viele Leute auf der Straße haben, besteht darin, dass sie wissen wollen, was sie persönlich von zwei Jahrzehnten EU und 15 Jahren Euro gehabt haben - ganz unphilosophisch und egoistisch, z.B. bei den persönlichen Einkommen. Sie haben einen dringenden Verdacht, wie die Antwort ausfallen muss und mit diesem recht: Sie haben nichts davon gehabt.

Je nach Berechnungsart und Untergruppe sind die Reallöhne der Unselbstständigen über die

vergangenen eineinhalb Jahrzehnte zwischen 5 und 15 Prozent gewachsen, natürlich kumuliert; die der am wenigsten qualifizierten Einkommensbezieher sind sogar zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Arbeitsproduktivität in der Industrie verdoppelt, von 60,9 auf 120,9 Indexpunkte.¹⁰

Einkommensentwicklungen wie diese können auch ohne bzw. außerhalb der EU erzielt werden.

Klar kann „Europa“ nichts für schlechte Lohnabschlüsse, denn Brüssel ist - Gott sei Dank - nicht direkt dafür zuständig. Indirekt mischt die Union aber sehr wohl mit, auf vielfältige Weise. Auf keinen Fall kann man unselbstständigen Einkommensbezieher aber erzählen, sie hätten irgendwie „von der EU profitiert“ - schon gar nicht den unteren 50 Prozent.

Noch schlechter sieht der langfristige Einkommensvergleich bei den Klein- und Kleinstbetrieben aus und selbst bei den großen Industrieunternehmen fällt die Bilanz nicht so eindeutig aus wie man meinen sollte. Diese haben zwar ohne Zweifel das Meiste vom europäischen Binnenmarkt, wie viel sie wirklich vom Euro oder der politischen Einigung profitieren, ist aber diskussionswürdig.

Dass Österreich in der EU ein Nettozahler ist, und dass sich dieser Betrag seit dem Beitritt etwa verdoppelt hat, ist weithin bekannt und wird politisch auch immer wieder diskutiert. Das ist angesichts der Größenordnung, um die es geht – maximal 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – aber noch eine begrenzte Sache. Gravierendere Auswirkungen wird die regionale Umverteilung haben, die im Zug der Fiskalunion auf die Österreicher zukommt.¹¹

Was üblicherweise nicht diskutiert wird, ist der politische Preis, der für „Europa“ aufgebracht wurde und der noch gezahlt werden muss. Dieser Preis besteht darin, dass Unabhängigkeit und politische Freiheit des Landes praktisch ganz aufgegeben wurden.

Das mag manchen Leuten egal sein, weil sie sich sagen, dass unten nicht oben ist, Herrschaft Herrschaft bleibt und dass es gleichgültig ist, ob sie das Haupt vor Herren aus Wien oder Brüssel beugen.

Es ist solchen oft auch einerlei, in welcher Staatsform sie leben, weil sie der Ansicht sind, dass die wichtigsten Lebensumstände ohnedies vom Zufall der Geburt abhängen. „Wenn einen der Storch in den falschen Rauchfang geworfen hat“, ist das Leben in Demokratie, Königreich und Diktatur gleichermaßen mühselig.

Andere sehen das nicht so teilnahmslos. Sie fühlen sich - wenn auch im Zweifel - noch als Gebieter im eigenen Haus und denken sich: „Wenn's hart auf hart kommt, wählen wir die Gauner einfach ab.“ Das hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird in kurzer Zeit nicht einmal mehr theoretisch möglich sein, denn „Europa“ ist - wie dieser Text hoffentlich belegt - ein zutiefst antidemokratisches Projekt. Ein Projekt, das von den als Gaunern bezeichneten, korrupten politischen Eliten gemanagt wird. Sie wollen damit verhindern, von den eigenen Völkern vor die Tür gesetzt zu werden.

Wie es möglich ist, dass demokratisch an sich legitimierte Politiker einen stramm antidemokratischen Kurs einschlagen ohne dass jemand mit dem Finger zu zeigen und zu schreien beginnt, ist ein großes Geheimnis, über das dicke Bücher geschrieben werden könnten.

¹⁰ http://www.statistik.at/web_de/Redirect/index.htm?dDocName=036303

¹¹ Siehe Kapitel "Die anderen Probleme"

An dem Projekt beteiligt sich aber nicht nur die politische Klasse im engeren Sinn. Dessen Teilhaber ist auch die Mehrheit der Medienleute, die sich noch immer im selbstgefälligen Gedanken sonnen, sie bedienen ein „Sturmgeschütz der Demokratie“¹², während ihre wahre Tätigkeit in der Gleichschaltung ihrer Zeitungen und Fernsehstationen und im Beschwören vorgegebener Sprachregelungen besteht.

Sie wagen nicht einmal anzudeuten, wenn vor ihren Augen Recht gebeugt wird oder Abgeordnete aus dem Parlament verhaftet werden, die - zu Recht oder zu Unrecht - von nicht wenigen als politische Alternative empfunden werden. Diese Medienleute haben kein Problem damit, wenn die Justiz im Verein mit parlamentarischen Majoritäten Politiker kaltstellt, die von 30 Prozent gewählt worden sind; das Ganze auf Basis einer 15 Jahre alten Steuercausa, die andere Wirtschaftskapitäne unter anderen Umständen schon längst geregelt hätten; vielleicht nicht in einem erträumten Reich der absoluten Gerechtigkeit, aber "in der wirklichen Welt" - ohne straffrei zu bleiben und durchaus rechtmäßig.

Teil dieses Piratenakts sind auch jene Juristen, die seit 15 Jahren erklären, sie könnten keine Änderung der österreichischen Verfassung erkennen, die ausreichend wäre, um eine Volksabstimmung ansetzen zu müssen - während die Fachöffentlichkeit seit 2009 von der Existenz eines EU-Staats ausgeht, eines Superstaats, der den Rechtsordnungen seiner Teilstaaten übergeordnet ist.¹³

Und es geht auch um die Akademiker und Intellektuellen, die jahrzehntlang jeden Seelenfurch des „autoritären Charakters“ erschnüffelt und jede Facette der Vorgeschichte eines früheren Gewaltregimes breitgetreten haben - die aber zur Entführung des demokratischen Prozesses in der EU schweigen oder die Entführer sogar noch ermutigen.

Diesen Politologen, Historikern und anderen Geisteswissenschaftlern stünde es gut zu Gesicht, z.B. zu begründen, warum das heute verfolgte supranationale¹⁴ Einigungsmodell unverzichtbar sein sollte, um den Frieden auf dem Kontinent zu erhalten. Kriege nach den Mustern des 18. Jahrhunderts werden im Europa des 21. Jahrhunderts ohnedies keine geführt werden und das angebliche Friedensprojekt EU hat in der jüngsten Vergangenheit so viel böses Blut zwischen den Völkern hervorgerufen wie sonst nichts seit 1945.

Es würde viel zur Klärung der Verhältnisse beitragen, wenn endlich jemand ausdrücklich behaupten würde, dass Frankreich und Deutschland aus geostrategischen Gründen, sozusagen schicksalhaft Krieg miteinander führen müssten. Dass das noch niemand getan hat, hat einen guten Grund: Würde so etwas ausgesprochen, wäre sofort erkennbar, dass das bestenfalls ein mechanistischer Gedanke ist; der Gedanke, dass Geschichte wie ein aufziehbares Spielzeug nach immer denselben Automatismen abläuft.

Dass Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unvermeidlich ist, wenn sie separate politische Einheiten bleiben, wird aber auf gezielte Weise nahegelegt. Dabei wird mit dem Friedenswunsch der Leute spekuliert und darauf, dass sie bereit sind, die konkreten Kriegsursachen von 1939, 1914 und 1871 mit einer überhistorischen Gegnerschaft der beiden Staaten zu verwechseln.

¹²

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-geschichte-der-spiegel-gruppe-sturmgeschuetz-der-demokratie-a-221730.html>

¹³ Siehe Kapitel "Das Dichand-Manöver"

¹⁴ über dem Nationalstaat stehend

Noch ein anderes Los ist der historisch-politischen Begründung eines künftigen EU-Staates beschieden. Sie verfällt an den Außengrenzen des noch politisch Korrekten in Schweigen bzw. muss das tun. Das klingt komplizierter als es eigentlich ist. Gemeint ist beispielsweise: Man könnte unter Umständen ja schlüssig begründen, dass das rohstoffarme Europa einen Militärapparat braucht, um sich Erdöl aus Saudiarabien und Metalle aus Afrika zu sichern - aber dann müsste man zugeben, dass das ganze kein Friedens- sondern ein imperiales Projekt ist.

Der Schutz der Handelsschiffahrt vor somalischen Piraten macht einen EU-Staat jedenfalls nicht wirklich erforderlich. Was Europa wirklich bräuchte - und was eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auch rechtfertigen würde - wäre ein Konzept, das einerseits sichtbar defensiv und andererseits an den legitimen Bedürfnissen der eigenen Völker ausgerichtet ist.

Konkret: Die europäischen Staaten müssen und dürfen daran interessiert sein, dass z.B. Erdöl aus den Golfstaaten, das sie mit gutem Geld bezahlt haben, auch sicher ankommt. Solche Lieferungen auch militärisch zu beschützen kann niemandem zum Vorwurf gemacht werden. Im weiteren Sinn besteht das europäische Interesse darin, die ganze Region, die ja tatsächlich ein Pulverfass ist, politisch stabil zu halten. Gleichzeitig kann und soll man den dortigen Staaten natürlich helfen, Frieden zu machen - soweit das möglich ist.

Ein solches Konzept entspricht aber nicht der Linie, die die EU zwischen Marokko und dem Iran heute verfolgt. Die Europäer agieren dort als Beiboot einer Supermacht, deren Strategie die Herstellung eines „gesteuerten Chaos“ ist. Sozusagen zum Ausgleich ergehen sich die Europäer in einer heuchlerischen Menschenrechtsrhetorik, die die Übergriffe des einen Machthabers lauthals verdammt und die des anderen, nicht minder schlimmen verschweigt. Um in der amerikanischen Destabilisierungspolitik die Rolle des Good Cop zu spielen, bedarf es einer europäischen Staatenbildung jedenfalls auch nicht.

Man könnte sicher auch die Meinung vertreten, dass der Euro eine neue Weltleitwährung nach dem Muster des US-Dollar werden sollte. In diesem Fall müsste man aber auch eingestehen, dass man auf das „exorbitante Privileg“ einer nicht einlösbaren Reservewährung scharf ist, das darin besteht, echte Güter mit symbolischem, „falschem“ Geld bezahlen zu können. Solange man derlei nicht zugeben will, verfällt man auch hier in Schweigen.

Eine dritte, oft zu hörende Begründung ist, dass die europäische Einigung auf irgendeine Art historisch unvermeidlich sei. Das ist bestenfalls ein Glaubensartikel, der dem Arsenal des untergegangenen Realen Sozialismus entlehnt ist. Leute, die das behaupten, bilden eine säkuläre Religionsgemeinschaft.

Es ist das gute Recht eines Jeden, seinem Glauben anzuhängen, aber das ist hier nicht das Thema. Sehr wohl aber, dass viele Angehörige der EU-Sekte an den Schalthebeln der Macht sitzen und diese Positionen ausnutzen, um an ihr politisches Ziel zu kommen - wobei sie ihre Machenschaften vor den Augen der Öffentlichkeit verbergen.

Man stelle sich vor, ein Bibelforscher würde Regierungschef und geriete in Verdacht, diese Funktion dazu zu verwenden, das seiner Überzeugung nach unmittelbar bevorstehende Ende der Welt vorzubereiten. Man nehme weiters an, diese Person wäre nicht isoliert, sondern hätte Brüder und Schwestern in allen Ministerien.

Alle würden in gutem Glauben handeln. Aber das ist nicht der Punkt. Was würden - und müssten! - die Zeitungen über ein solches Szenario schreiben, sobald sie dessen gewahr würden?

Die Weltanschauung, der die Europäisten in unseren Staatsämtern anhängen, mag für manche

akzeptabler sein als religiöse Heilslehren, christlich oder nicht. Die Vermischung von Amt und politischem Glauben ist es keinesfalls. Schon gar nicht, wenn der „gute europäische Zweck“ jede demokratiepolitische Schweinerei heiligt.

Den Vergleich der Europäisten mit einer Endzeitsekte stelle ich im Übrigen nicht von ungefähr an. Ein in München lebender Historiker geht davon aus, dass messianistische Sekten in den Weltreligionen seit geraumer Zeit versuchen, "ihr Skript" vom Weltuntergang nachzuspielen bzw. aktiv zu gestalten und dabei die alten Prophezeiungen zu erfüllen. Er hat ein dreibändiges Werk über einflussreiche jüdische Endzeitsekten und die Entstehung Israels geschrieben.¹⁵

Derlei gibt es in allen Weltreligionen. Der westlichen Öffentlichkeit noch am besten bekannt ist das Beispiel des früheren iranischen Präsidenten, der eine im Alten Testament prophezeite Invasion Israels erwartete (betrieb).¹⁶ Bekannt ist hierzulande auch der amerikanische Historiker Richard Landes, der den Millenarismus quer durch Ethnien und Weltgeschichte am Werk sieht, nur nicht in den USA und Israel. In der Gegenwart interessieren ihn vor allem die sunnitischen Dschihadis, denen er einen postmodernen, "erzürnten" Millenarismus zuschreibt.¹⁷

Bekannt ist aber auch, dass sich der ehemalige amerikanische Präsident George W. Bush als Werkzeug Gottes gefühlt und geglaubt hat, er müsse den Irakkrieg auf göttliches Geheiß anfangen.¹⁸ Warum sollte es undenkbar sein, dass eine Sekte europäischer Messianisten glaubt, auf Teufel komm raus einen EU-Staat bilden zu müssen um ihren Part des Endzeitplans zu erfüllen? Welche Rolle die künftige EU spielen würde, ist je nach Perspektive umstritten - die einen sehen sie vatikanisch-katholisch und die anderen islamisch. Ein "mächtiges Königreich", ein Superstaat, würde sie allemal sein.

Damit bin ich schon beim Kern dieses Texts angelangt. Die Hauptthese, dass die Republik Österreich vor 15, 20 Jahren von seiner eigenen politischen Klasse gekidnappt worden ist und dass die Bürger gegen ihren Willen in einen wahrscheinlich nicht-demokratischen europäischen Zukunftsstaat verschleppt werden. Von denselben Leuten, die heute von den Plakaten herab versprechen, „mit sicherer Hand“ dieses oder jenes für das Volk zu tun und die auch in Zukunft die Stallwärter des Österreicher-Hauses sein möchten, wenn den europäischen Zoo schon längst ganz andere managen.

Es gibt ein zweites passendes Bild - das eines Staatsstreichs.

Anders als beim klassischen Militärputsch sind die Meuterer aber nicht unzufriedene, letztlich außenstehende Soldaten, sondern die gleichen Parteien, die schon seit zwei Generationen unser Staatswesen steuern. Es muss auch nicht schnell und überraschend gehen, denn der geschilderte Staatsstreich läuft über Jahrzehnte. Es ist ein langgezogener Putsch nach der Salami-Taktik und anders als ihre Kollegen in Lateinamerika legen die europäischen Umstürzler Wert darauf, wenigstens formal das Recht zu wahren.

Die Medien sehen dem zu, manche, weil sie auf der Seite der Putschisten stehen, andere, weil sie nicht mitbekommen, was läuft, und die Dritten, weil Widerstand „nicht gut aussieht“ und man sich als Journalist Chancen verbaut oder gar seinen Job gefährdet, wenn man sich allzu sehr vom Treiben der EU-Fanatiker distanziert.

¹⁵ Wolfgang Eggert. Israels Geheimvatikan, 2002

¹⁶ Mark Hitchcock, Iran. The Coming Crisis. 2006, S.156 ff

¹⁷ Richard Landes, Heaven on Earth, 2011, S 421-466

¹⁸ <http://www3.unil.ch/wpmu/allezsavoir/george-bush-et-le-code-ezechiel/>

Man kann diesen Vorgang ohne weiteres auch als eine Art Verschwörung von ursprünglich demokratischen Volksparteien mit industriellen, finanziellen und intellektuellen Elite-Gruppen charakterisieren. Eine Verschwörung mit dem Ziel, den schon heute nur mehr spurenhaft vorhandenen Einfluss des Staatsbürgervolks auf die Regierungsgeschäfte ganz auszuschalten.

Der Nachteil dieser Metapher besteht darin, dass sie Assoziationen zu Mantel- und Degen-Filmen auslöst und dass man damit frontal gegen den heute verbreiteten Glauben ankämpft, es könne in der modernen Zeit gar keine geheimen Machinationen geben, weil sowieso alles an die bestens informierten, unabhängig agierenden Medien komme. Nichts könnte unrealistischer, ja lachhafter sein als so eine Vorstellung. Das Gefährlichste am Bild der Konspiration ist aber, dass man sich über kurz oder lang der Forderung aussetzt, doch bitte ein Protokoll über die entscheidende Sitzung der Verschwörer beizubringen, am besten notariell beglaubigt.

In mancher Hinsicht handelt es sich beim EU-Projekt um eine "Open Conspiracy", eine offene Verschwörung, wie der plakative Titel eines 1928 erschienen Pamphlets von H.G. Wells lautet. Der Unterschied ist bloß: Wells wollte, dass seine idealistisch motivierte Weltstaats-"Konspiration" tatsächlich öffentlich und "einer wachsamem Kritik unterworfen" sein sollte; und zweitens, dass sich diese Bewegung "aus den "Besten aller Berufsklassen" zusammensetzen habe.¹⁹

Weder das eine noch das andere trifft auf den heutigen europäischen "Staatsstreich in Zeitlupe" zu. Er kann in seinen öffentlichen Auswirkungen zwar nicht übersehen werden, beruht aber auf geheimen Verabredungen.

Um es gleich zuzugeben: Der Verfasser hat nicht, hinter einem Vorhang versteckt, die Komplotteure belauscht und hält auch kein Dokument in Händen, in dem SPÖ, ÖVP und die Interessenverbände vereinbaren, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen - deswegen sind die Vorwürfe, die hier erhoben werden, nicht als juristische, sondern als politische zu verstehen. (Auch als „geschichtspolitische“: Im Gegensatz zur Ersten Republik haben die österreichischen Eliten die Eigenständigkeit des Landes preisgegeben ohne dass sie durch die wirtschaftliche oder militärische Situation genötigt worden wären.)

Ich habe nur ein bisschen in den Archiven gewühlt und mit dem Gefundenen ein zusammenhängendes Bild der österreichischen Variante des europäischen Salami-Putsches entworfen. Herausgekommen ist zwar keine umfassende, aber eine meines Erachtens schlüssige Darstellung, die zeigt, dass die heutige Situation Folge des treulosen Verhaltens der politischen Klasse im erweiterten Sinn ist.

Diese Situation ist über viele Wege und Umwege erreicht worden, die u.a. deswegen niemand bemerkt hat, weil sie zu „technisch“ waren, als dass sie der Aufmerksamkeit wert gewesen wären. In ihrer Summe kommen sie einer massiven Beschneidung der Interessen des österreichischen Staats, vor allem aber seiner Bürger, gleich. In vier oder fünf Fällen waren die Veränderungen so groß, dass in jedem Gemeinwesen, das den Anspruch erhebt, irgendwie „demokratisch“ zu sein, der (angebliche) Souverän zu Wort kommen hätte müssen.

Allein - die Leute, die die Macht haben zu definieren, was rechtlich geboten ist, greifen seit 15 Jahren zu denselben Ausflüchten, warum man „Europa“ keinem Volksentscheid unterwerfen müsse, könne und dürfe. Ihr Standardargument lautet, dass die (jeweiligen) Veränderungen nicht

¹⁹ Vgl. dazu <http://de.scribd.com/doc/57691802/Open-Conspiracy>

tiefgehend genug wären, dass sich die Gesamtverfassung ändern würde und dass die Regierung deshalb rechtlich nicht gezwungen sei, eine Volksabstimmung abzuhalten.

Das hat u.a. dazu geführt, dass die europäische Verfassung heute ohne den Schimmer eines Zweifels der österreichischen übergeordnet ist und dass der Gedanke, dass nationale Höchstgerichte europäisches Verfassungsrecht aussetzen könnten, eine „rein theoretische Perspektive“ ist, wie ein internationaler Jurist formuliert.²⁰

Die Österreicher haben ihre Regierenden aber nie ermächtigt, einen solchen Zustand herzustellen. Es besteht auch kein Interpretationspielraum, dass sie das jemals gewollt hätten. Das erste und letzte Mal, dass sie „eine Unterschrift“ geleistet haben, liegt 19 Jahre zurück. Aber auch damals wurde keine Blankovollmacht ausgestellt, sondern für die Teilnahme an einem Freihandelsblock gestimmt, der sich gerade auf den Weg gemacht hatte, zum Binnenmarkt zu werden. Inhaltlich wurde über die Übernahme des damaligen EU-Rechtsbestands sowie über die 1993/94 verhandelten Beitrittsbedingungen abgestimmt - über sonst nichts.

Das war damals eigentlich klar. Der Nationalratspräsident, der heute Bundespräsident ist, hat sich trotzdem bemüht gefühlt, zu versichern, dass es ausschließlich um die paraphierten Vertragsinhalte gehe: „An die Adresse von FPÖ-Obmann Haider gerichtet **stellte der Nationalratspräsident klar, daß bei der Volksabstimmung über einen konkreten Staatsvertragsinhalt abgestimmt wird**, spätere Änderungen des Vertragsinhaltes also nicht möglich sind.“²¹

Viel war 1994 von Joghurtpreisen, Transit, Bergbauernförderung, Übergangsbestimmungen und Mitgliedsbeiträgen die Rede, und auch von der Neutralität; aber nichts Konkretes lag über die geplante gemeinsame Währung vor und schon gar nicht wurde über die laufende Abgabe von staatlicher Souveränität votiert. Definitiv nicht abgestimmt wurde zu diesem Zeitpunkt z.B. über die faktische Aufgabe der Neutralität, einen europäischen Verfassungsvertrag, den Vertrag von Lissabon oder die Übernahme fremder Staatsschulden.

Mit Hinweis auf den 12. Juni 1994 maßen sich SPÖ und ÖVP aber Befugnisse an, die ihnen an diesem Tag gar nicht gegeben wurden. Nicht nur deswegen wäre es überfällig, diese zwei Parteien, die zwei Generationen lang ein Duopol für die Regierungsgeschäfte gehalten und die dieses zuletzt krass missbraucht haben, aus ihren Machtpositionen zu entfernen. Dann - so könnte man sich ein ideales Szenario erträumen - würde sich eine von ihren politischen Fesseln befreite Justiz an die echte Aufarbeitung der Korruption²² in den vergangenen drei Jahrzehnten machen und neue oder erneuerte Parteien hätten Zeit, sich das Vertrauen der Wähler zu erarbeiten.

So viel Zeit wird es wahrscheinlich nicht geben. Es scheint, als hätten die Bundesstaatsbefürworter es jetzt eilig, den Sack endlich zuzumachen.

Im „großen Bild“ ist Österreich aber nicht mehr als ein Nebenschauplatz. Weder der Zeitplan noch das Drehbuch wird in Wien geschrieben, denn der Putsch der politischen Klasse ist ein

²⁰ Siehe Kapitel "Das Dichand-Manöver", S.xxx

²¹ OTS 117, 10.3.1994. Eigene Hervorhebung. Siehe auch die "Presse" vom 11.3.1994: "Das Beitritt-Verfassungsgesetz müsse drei Bedingungen erfüllen: eine klare Ermächtigung für die Staatsorgane enthalten; eine klare Beantwortung beim Referendum mit Ja oder Nein ermöglichen; den Inhalt des EU-Vertrages klar definieren, um nachträgliche Änderungen auszuschließen. Das Volk soll beim Referendum entscheiden, ob dieses Beitritt-Verfassungsgesetz Gesetzeskraft erlangen soll: Ja oder Nein."

²² Gemeint ist das Gegenteil jener offenkundig selektiven Strafverfolgung, die heute das Bild dominiert

europäisches Phänomen. Entscheidend wird sein, welchen Takt die deutsche Kanzlerin und ihre sozialdemokratischen Koalitionspartner vorgeben.

Aus der Wahl vom 22. September 2013 ist die Merkel gestärkt hervorgegangen. Die deutschen souveränistischen Parteien auf der Linken und der Rechten (AfD) sind besiegt und marginalisiert. Anders als in Österreich kann die CDU/CSU zusammen mit der SPD eine „proeuropäische Verfassungsmehrheit“ im Bundestag organisieren. Nur eine absolute Mandatsmehrheit hätte der Merkel eine noch stärkere Vollmacht erteilt, Deutschland endgültig in einen Bundesstaat zu führen. Der Wille der SPD, dabei Gefolgschaft zu leisten, braucht aber ohnedies nicht bezweifelt werden.

Die ganze Situation ist insofern ein bisschen absurd, als Angela Merkel und Wolfgang Schäuble Paradebeispiele für die Kontinuität politischer Eliten auch über einen langen Zeitraum sind. Beide waren an führender Stelle dabei, als die Eurozone mit all ihren angeblichen „Geburtsfehlern“ 1998 aus der Taufe gehoben wurde. Die Merkel war damals Umweltministerin (und bald danach CDU-Generalsekretärin) und Schäuble Innenminister. Sie bekleideten nicht irgendwelche nachgeordneten Pöstchen, sondern standen in der politischen Hackordnung ganz oben. Das zeigt sich u.a. daran, dass sie es waren, die damals in der CDU um die politische Nachfolge von Helmut Kohl geritten haben.

Würde ein Vorstandsdirektor einer AG einen derart schief gegangenen Plan unterstützen, bekäme er zwar vielleicht einen „goldenen Fallschirm“, er würde 15 Jahre später aber nicht als Vorstandschef im Amt bestätigt werden. Auch nicht der zweite Geschäftsführer eines nicht gewinnorientierten Schrebergartenvereins.

Viel wird davon abhängen, ob die europäische Krise endgültig in Pension gegangen ist oder ob sie zurückkehrt, um öffentlichkeitswirksam zu unterstreichen, wie dringend Europa eine noch schnellere Zentralisierung in Brüssel benötige.

Sollte sich das Finanzkrisengespenst noch einmal zeigen, kann man sich darauf verlassen, dass die politischen Geisterjäger wieder tätig werden. Denn wie sich ab 2010 gezeigt hat, schöpfen die EU-Fanatiker angebliche oder wirkliche Krisen voll für ihre europapolitischen Zwecke aus. Der deutsche Finanzminister gibt das praktisch auch zu - in ausländischen Zeitungen, wo seine potenziellen Wähler dies nicht lesen können: „Wir können eine politische Union nur erreichen, wenn wir eine Krise haben.“²³

Wenn die Wirtschaftskrise keinen neuen Auftritt hat, kann Dynamik aber auch über etwas entstehen, was neudeutsch „False Flag-Attacke“ genannt wird. Das ist ein Angriff unter falscher Flagge, um einen Krieg vom Zaun brechen, Bürgerrechte einzuschränken oder überhaupt gleich die Demokratie abzuschaffen. Das ist auch im „Westen“ ein vielleicht nicht oft, aber schon lang in Gebrauch befindliches Mittelchen. Der Tonkin-Zwischenfall 1964, der zur Ausweitung des Vietnamkriegs führte, ist unbestreitbar ein solcher Vorfall und die Indizien um die Explosion an Bord der USS Maine, die 1898 zum Krieg mit Spanien führte, sind dicht.²⁴

²³ New York Times, 18.11.2011. Siehe Kapitel "Krisen-Macher"

²⁴ Am relevantesten sind heute die Terroranschläge vom 11. September 2001. Solange es keine andere plausible Erklärung dafür gibt, warum auch das abseits stehende, von keinem Flugzeug beschädigte World Trade Center 7 in sich zusammengefallen ist, darf man davon ausgehen, dass die US-Zentralregierung von dem Anschlag wenigstens gewusst hat. Der Besitzer des WTC 7, Larry Silverstein, log anfangs sogar, dass die Feuerwehr das Gebäude gesprengt habe, um den Verlust weiterer Menschenleben zu verhindern - noch bevor man ihm klar gemacht hatte, dass die Vorbereitung einer solchen "controlled demolition" selbst unter günstigsten Bedingungen eineinhalb Tage

Die in Europa berühmteste Attacke unter falscher Flagge war aber der deutsche Reichstagsbrand am 27. Februar 1933, den ein Linksradikaler im Alleingang gelegt haben soll. Hitler nutzte den Anschlag, um die kommunistischen Abgeordneten verhaften zu lassen. Ihr Verschwinden änderte die Stimmverhältnisse im Reichstag so, dass sich der Reichskanzler von den verbliebenen Parlamentariern unumschränkte Vollmachten geben lassen konnte. Dies machte ihn endgültig zum „Führer“.

Die faktischen Hintergründe des Brands sind bis heute noch nicht restlos aufgeklärt. Aber die Behauptung der Kommunisten, Hitler habe die Brandlegung veranlasst, klingt ausnahmsweise glaubwürdig: „Cui bono?“

„Wem nützt es?“ ist auch eine überaus nützliche Frage, wenn wieder einmal eine militärische Provokation auf hoher See oder ein Chemiewaffeneinsatz als Begründung für einen Krieg herhalten sollen. Die Wege auch der Geschichte sind unerforschlich, wenn es darum geht, wenig kampfwillige Völker in Kriege für eine angeblich gute Sache zu verwickeln. Warum sollte die Vorsehung weniger erfindungsreich sein, wenn es darum geht, einen Anlass für eine „historisch überfällige“ politische Einigung Europas zu produzieren - zum Beispiel einen Terroranschlag auf den Berlaymont?

Schon 2014 ist die Einberufung eines neuen europäischen Konvents geplant. Wenn die Sterne die richtige Konstellation aufweisen und die europäischen Sozialdemokraten und die EDP (Konservative) danach den Funken einer Chance sehen, mit Hilfe der Liberalen und Grünen eine europaweite Volksabstimmung über die Bildung einer politischen Union zu gewinnen, werden sie diese zu nutzen versuchen. Wenn nicht, wird nach alter Tradition von willfährigen Parlamentsabgeordneten ratifiziert.

Eines wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geben - nationale Volksabstimmungen. Die wären nämlich politisch zu riskant.

Rein juristisch könnte man zwar einzelne Völker dazu zwingen, gegen ihren Willen eine neue europäische Verfassung zu übernehmen. Das gewährleistet der den europäischen Bürgern oktroyierte Vertrag von Lissabon. Die mit ihm beschlossene Konventsmethode zur Vertragsänderung ist wenig mehr als eine Taktik zur gewaltlosen Eroberung widerstrebender „gallischer Dörfer“ über einen Mehrheitsbeschluss.

Einzelnen Verfassungsjuristen - aber sonst fast niemandem - ist das bewusst. Einer von ihnen sagt beispielsweise: „Die Logik hinter den Verfassungen ist völlig anders. Es ist nicht die Logik der Einstimmigkeit, sondern jene der Mehrheit. Um eine Verfassung herzustellen oder zu verändern, ist eine Mehrheitsabstimmung erforderlich.“ Auch in der Schweiz und in Deutschland haben 1848 bzw. 1949 einzelne Kantone (Bundesländer) gegen die Verfassung (das Grundgesetz) gestimmt bzw. sich enthalten.²⁵

Trotzdem sähe es gar nicht gut aus, z.B. 60 Millionen Deutsche abstimmen zu lassen und dabei ein „Nein“ zu kassieren. Wie soll man dann argumentieren, wenn die anderen Völker einen Bundesstaat haben wollen? Dass bei Konventen halt „nicht die Logik der Einstimmigkeit gilt“?

Um ein gesamteuropäisches Votum über eine neue EU-Verfassung wird man aber selbst beim besten schlechten Willen nicht herumkommen.

erfordern würde; <http://www.youtube.com/watch?v=-jPzAakHPpk>

²⁵ Antonio D'Atena, The European Constitutions Prospects, S.4, In: Hermann-Josef Blanke, Stelio Mangiameli, The European Union after Lisbon, 2012

Auf solche gesamteuropäischen Abstimmungen haben sich die österreichischen Regierungsparteien bereits 2008 festgelegt. Gleichzeitig haben SPÖ und ÖVP ein nationales Referendum de facto ausgeschlossen.²⁶

In ihrem Regierungsprogramm von 2008 wurden für EU-Fragen „grundsätzlich“ europaweite Volksabstimmungen vereinbart. Nationale Abstimmungen sollen nur durchgeführt werden, wenn beide Seiten zustimmen, auch dann, wenn ein solcher Antrag aus dem Nationalrat kommt.

Wem die handelnden Parteien und die Zeitgeschichte nur ein bisschen vertraut sind, kann diese Aussage leicht einordnen. Er erkennt, dass so etwas höchstens „über politische Leichen“ zustande kommen würde - speziell über jene der ÖVP.

Auch die 2013 zustandegekommene Regierung, die sich wieder aus SPÖ und ÖVP zusammensetzt, fällt de facto nicht hinter diese Position zurück. Das verräterische Bekenntnis, bevorzugt für europaweite Volksabstimmungen einzutreten, ist zwar gestrichen worden, um nicht unnötige Widerstände zu provozieren. An der Beschlusslage von 2008 ändert sich aber kaum etwas. Die Abhaltung einer nationalen Volksabstimmung zu EU-Fragen erfordert nach wie vor den Sanktus der beiden Koalitionsparteien.

Diese Haltung hat übrigens auch die Zustimmung des (faktisch) obersten Verfassungsjuristen des Landes, von Bundespräsident Fischer. Dieser ist wie die Regierung mit dem kleinen österreichischen Volk unzufrieden und hätte es gerne gegen ein europäisches eingetauscht.²⁷

²⁶ Siehe Regierungsprogramm für die 29. Gesetzgebungsperiode, <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>

²⁷ Siehe Kapitel "Die auferstandene Verfassung"